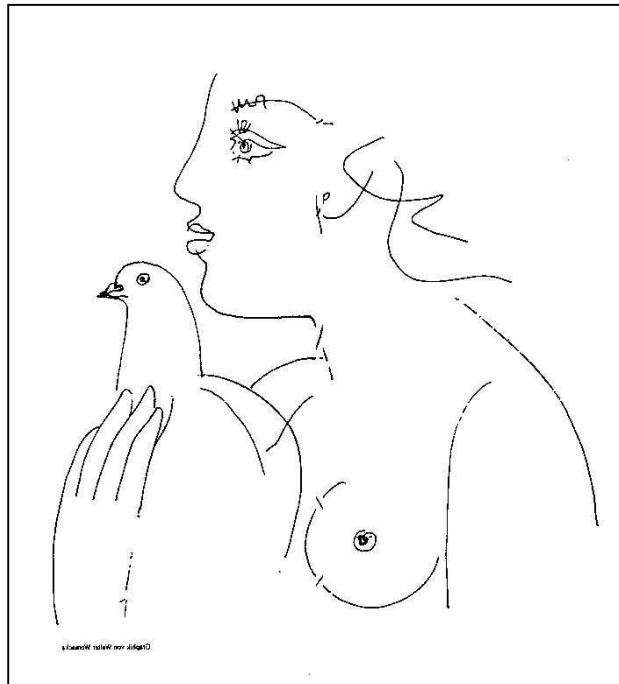


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 4



Die Washingtoner Falken und die Politik der USA gegenüber dem Irak

Eine Nachlese zum Irak-Krieg der USA

von

Prof. Dr. Rolf Sieber

Redaktionsschluss: 13. November 2003

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de

Die Washingtoner Falken sind der einhelligen Meinung, dass die Welt seit Ende des Kalten Krieges unsicher und gefährlich geworden sei. Sie könne außer Kontrolle geraten, wenn die USA nicht rasch gegen den internationalen Terrorismus handeln. Die Vereinigten Staaten seien zum militärischen Erstschlag berechtigt. Aus dem Bericht des „Project for The American Century“ vom September 2000, verfasst von den beiden Falken Paul Wolfowitz und Lewis Libby, ging die Überzeugung hervor: „Zu keinem anderen Zeitpunkt in der Geschichte standen die Sterne der nationalen Ordnung und Sicherheit für amerikanische Interessen und Ideale so günstig. Die Herausforderung dieses Jahrhunderts besteht darin, den ‘amerikanischen Frieden’ zu wahren und zu sichern“.

Eine Woche nach den Ereignissen des 11. September 2001 erklärte Paul Wolfowitz, dass die USA mit denjenigen Ländern aufräumen müssten, die den Terrorismus unterstützen. Obwohl sie über keinerlei Beweismaterial verfügten, verbreiteten die Washingtoner Falken die These, dass der Irak mit den Attentaten des 11. September in Verbindung stehen und durch den Besitz von Massenvernichtungswaffen eine zusätzliche Gefahr bedeuten würde. Ein Krieg der USA gegen den Irak sei daher unvermeidlich.

Im April 2002 verkündete Präsident Bush die US-amerikanische Politik des Regimewechsels im Irak. Er war davon überzeugt, dass die USA mit derartigen Kriegshandlungen „Großes zu verwirklichen“ bereit seien. Gegenüber Journalisten bezeichnete er die Neuordnung der Welt durch vorbeugende und unilaterale Handlungen der USA als seine Vision, um Leid zu mildern und Frieden in der Welt zu schaffen. Die Geschichte Europas kennt bereits Politiker, die an Plänen zur Neuordnung Europas und der Welt gescheitert sind.

Am 10. und 11. Oktober 2002 stimmten Repräsentantenhaus (296 zu 133) und Senat (77 zu 23) dafür, dem Präsidenten uneingeschränkte Vollmacht zu erteilen, den Irak anzugreifen, wie und wann er es für angemessen und notwendig hält.

Führungskreis der Washingtoner Falken

Die Washingtoner Falken haben seit ihrer mehr als dreißigjährigen Existenz ein Netzwerk bis in die höchsten Machtpositionen des Weißen Hauses, des Pentagon und des Außenministeriums geschaffen. Zu den Spitzen gehören: Richard Cheney (Vizepräsident der USA),

Donald Rumsfeld (Verteidigungsminister), Paul Wolfowitz (sein Stellvertreter), Richard Armitage (stellvertretender Außenminister), John R. Bolton (Staatssekretär für Abrüstung im Außenministerium), Condoleezza Rice (Sicherheitsberaterin des Präsidenten), Richard N. Perle (Berater des Pentagon), Lewis Libby (Berater des Vizepräsidenten), Andrew Cart (Stabschef des Weißen Hauses) und Karl Rove (einflussreicher Berater des Präsidenten).

Unter den Washingtoner Falken nimmt Außenminister Colin Powell eine Außenseiterstellung ein. Bei der Verfolgung gleicher Ziele - Sturz des Saddam-Hussein-Regimes im Irak und Aufbau eines demokratischen Irak nach westlichem Vorbild - betont Powell die unbedingte Notwendigkeit, den Mitteln und Methoden der internationalen Diplomatie sowie der Einbeziehung des UN-Systems unter Führung der USA einen gebührenden Platz einzuräumen.

Das Bestehen dieser zwei Herangehensweisen an die Lösung außenpolitischer Probleme nutzt vor allem Präsident Bush. Er kann sie je nach Situation und Bedarf einsetzen, und zwar sowohl zur Mobilisierung des Patriotismus in der eigenen Bevölkerung als auch zur Beeinflussung der internationalen Öffentlichkeit.

Richard (Dick) Cheney

Vizepräsident Cheney ist der eigentliche Stratege der Washingtoner Falken von heute. Er sorgt dafür, dass diese Gruppe neokonservativer Politiker bei Präsident Bush immer ein offenes Ohr findet. Cheney ergriff die Initiative für den Kabinettsbeschluss zur Planung der Militäraktionen gegen den Irak. Bereits vor zwölf Jahren, bei der Vorbereitung des ersten Golfkrieges, stand er als

Verteidigungsminister von Präsident Bush Sen. für eine solche Grundhaltung ein und vertrat, wie sich Präsident Bush Sen. erinnert, sogar eine aggressivere Position als die Militärs der USA.

Am 27. August 2002 sprach sich Cheney auf dem Veteranenkongress in Nashville für Präventivmaßnahmen gegen den Irak aus: „Ich habe keinerlei Zweifel, dass Saddam Hussein Massenvernichtungswaffen besitzt und diese gegen unsere Freunde, Verbündete und unser Land einsetzt. ... Massenvernichtungswaffen in den Händen eines Terrornetzes oder eines mörderischen Diktators stellen die schrecklichste Bedrohung dar, die man sich vorstellen kann.“

Zwischen den beiden Bush-Administrationen war Cheney von 1995 bis 2000 als Spitzenmanager bei Halliburton Industries angestellt, einem mit 100.000 Beschäftigten weltweit wirkenden Unternehmen für Ausrüstungen der Erdölindustrie. Im Wahlkampfjahr 2000 leugnete Cheney die Geschäftsbeziehungen des Konzerns mit Saddam Hussein. Die Presse in den USA wies nach, dass zwei Subunternehmen von Halliburton direkte Geschäftsbeziehungen zum Saddam-Hussein-Regime unterhielten. Die Zeit bei Halliburton liegt Vizepräsident Cheney auch aus einem anderen Grund schwer im Magen: Wegen nachgewiesenen aufgeblähter Bilanzen ermittelt die Börsenaufsicht der USA. Noch wurden keine Unregelmäßigkeiten dieser Art angeprangert; aber Halliburton schwebt wie ein Damoklesschwert über Cheney.

Nachdem Präsident Bush am 1. Mai 2003 das Ende der Hauptkampfhandlungen im Irak erklärt hatte, erhielt Halliburton Industries, ohne sich an Ausschreibungen beteiligen zu müssen, Großaufträge zur Bekämpfung von Ölbränden und zur Neuausrüstung von Erdölförderanlagen. Ebenso ohne Ausschreibung erhielt die weltweit bekannte Bechtel Corp. einen Großauftrag zum Wiederaufbau zerstörter Versorgungseinrichtungen im Irak. Bei Bechtel Corp. waren in der Vergangenheit mehrere ehemalige Kabinettsmitglieder angestellt, so der frühere Außenminister George Shultz und Ex-Verteidigungsminister Caspar Weinberger. Das überparteiliche CRP-Institut in Washington teilte mit, dass in der zurückliegenden Wahlperiode mindestens 277.050 Dollar für Bundespolitiker durch Bechtel Corp. zur Verfügung gestellt wurden.

Michael Moore, US-amerikanischer Dokumentarfilmregisseur und Schriftsteller, hat in seinen Abrechnungen mit dem Amerika unter Bush am Beispiel von Cheney nachgewiesen, dass in dessen Ideen und Handlungen ein 'Hauptquartier des Neokonservatismus' zu finden ist: „Sechs Legislaturperioden lang war Cheney Kongressabgeordneter für Wyoming und kann auf eine der konservativsten Bilanzen aller 435 Kongressabgeordneten zurückblicken. Cheney stimmte gegen das Equal Rights Amendment (Verfassungszusatz zur Gleichstellung der Frau), gegen die Finanzierung des Head Start Program (Programm zur Förderung sozial benachteiligter Kinder), gegen eine Resolution des Repräsentantenhauses zur Freilassung Nelson Mandelas und gegen die staatliche Finanzierung von Abtreibungen, selbst nach einer Vergewaltigung und bei Inzest.“ Eine ähnliche Bilanz ist auch in Cheneys hauptamtlichen politischen Funktionen nachweisbar.

Donald Rumsfeld

Er gilt als republikanischer Falke der alten Schule. Als Berater von Präsident Nixon verdiente sich Rumsfeld zusammen mit seinem damaligen Stellvertreter Cheney erste politische Spuren auf Bundesebene. Als Verteidigungsminister und später als Stabschef im Weißen Haus unter Präsident Ford konnte er fast im Alleingang das SALT-II-Abkommen mit der Sowjetunion zu Fall bringen. Als Sondergesandter von Präsident Bush Sen. verhandelte er zwei Mal persönlich mit Saddam Hussein im Irak. Als langjähriger Befürworter von Star Wars leitete Rumsfeld 1998 eine Kommission, die die Gefährdung der USA durch feindliche Raketen bewertete und sich für die unbedingte Installierung eines Raketenabwehrsystems einsetzte. Vor wenigen Wochen bestätigte Präsident Bush die heute vorliegenden Pläne zur Schaffung eines Raketenabwehrsystems. 2004 soll mit der Umsetzung begonnen werden. Auch als Spitzenmanager des Pharmaunternehmens G. D. Sears und für General Instruments sammelte er wichtige Erfahrungen, die er heute als Verteidigungsminister der Bush-Administration verwerten kann.

Von Bush erhielt Rumsfeld den Auftrag, alle Pläne für die kriegerischen Aktionen der USA im Irak vorzubereiten und die dafür notwendigen Dokumente unterschriftsreif vorzulegen. Unter Anwendung

härtester Forderungen an die Militärs erfüllte er diesen Auftrag und sorgte dafür, dass der Präventivschlag gegen Irak Wirklichkeit wurde: Nach drei Wochen besiegten die Streitkräfte der USA und ihrer Alliierten den Irak. Die USA standen weiterhin in der internationalen Kritik, weil sie keinerlei überzeugende Beweise für die Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak erbringen konnten. Selbst eine Spezialtruppe mit fast 1.400 Experten aus den USA, Großbritannien und Australien vermochte nicht, allgemeine Beweise für die Existenz biologischer oder chemischer Massenvernichtungswaffen im Irak vorzulegen.

Paul Wolfowitz

Unter den heutigen Washingtoner Falken wird Paul Wolfowitz auf Grund seiner vielfältigen Beiträge zur Formulierung der heutigen Bush-Doktrin gegenüber dem Irak sowie dem Nahen und Mittleren Osten als der bedeutendste Theoretiker und Vordenker anerkannt. Die Anfänge dafür reichen in das Jahr 1991 zurück. Zahlreiche neokonservative Republikaner bekundeten damals ihren Unwillen mit der von der USA-Administration getroffenen Einschätzung, dass das geschwächte Saddam-Regime von allein in sich zusammenfallen würde. Richard Perle, Paul Wolfowitz (zu jener Zeit Politischer Abteilungsleiter im Pentagon), sein Stellvertreter Lewis Libby (heute Stabschef von Vizepräsident Cheney), Eric Edelman (heute Sicherheitsberater von Cheney) u. a. bezeichneten Washingtons „Rückzug“ und „Tatenlosigkeit“ als schwerwiegenden strategischen Fehler und als moralische Niederlage.

Die damalige Administration unter Bush Sen. verfolgte eine ‘Politik der Eindämmung’ gegenüber dem Saddam-Regime durch UN-Inspektionen, Wirtschaftssanktionen und die Einrichtung von Flugverbotszonen zum Schutz von Kurden im Norden und Schiiten im Süden.

1992 begründete Paul Wolfowitz die Präventivstrategie gegenüber dem Irak. Im Manifest „Defense Planning Guidance“ formulierte er die Grundzüge einer militärstrategischen Neuausrichtung der US-amerikanischen Außenpolitik nach dem Zusammenbruch der bipolaren Ordnung im Irak. Er forderte eine grundsätzliche Anpassung der Strategie an die neue Ordnung in dreierlei Richtung:

1. Verhinderung des Wiederaufstiegs eines neuen Rivalen durch Sicherung der eigenen militärisch-technologischen Überlegenheit als Grundprämisse der neuen regionalen Verteidigungsstrategie. Mit dem Anspruch auf Weltvorherrschaft der USA verband Wolfowitz die Forderung nach Eindämmung Japans und Deutschlands.
2. Sicherung US-amerikanischer globaler Interessen und Verbreitung ‘amerikanischer Werte’ durch Unterstützung demokratischer Regierungsformen und offener Wirtschaftssysteme in der Welt.
3. Vorbehalt unilateralen, gegebenenfalls präventiven Handelns und Betonung strategischer Unabhängigkeit als außenpolitische Maxime.

Als weitere wichtige Stationen des Wirkens von Paul Wolfowitz bei der Begründung US-amerikanischer außenpolitischer Positionen gegenüber dem Irak und dem Nahen und Mittleren Osten sind hervorzuheben:

Er gehört zu den Mitunterzeichnern des „Project for the New American Century“ von 1997, das vier Konsequenzen für die künftige US-amerikanische Außenpolitik formuliert:

1. signifikante Erhöhung der Verteidigungsausgaben,
2. Stärkung der Bindungen zu ‘demokratischen Verbündeten’ bei gleichzeitiger Kampfansage an Regimes, die US-amerikanischen Werten gegenüber feindlich gesinnt sind.
3. Konsequentes Eintreten für politische und wirtschaftliche Freiheit in der Welt.
4. Akzeptanz der Verantwortung für die ‘einzigartige Rolle’ der USA zur Bewahrung und Ausweitung einer internationalen Ordnung, die der Sicherheit, dem Wohlstand und den Prinzipien der USA dient.

Er war 1998 Mitverfasser eines offenen Briefes an Präsident Bill Clinton, in dem 18 neokonservative Politiker die Idee eines entschlossenen Handelns der USA gegen Saddam Hussein entwickelten. Sie forderten dessen schnellstmöglichen Sturz. Die 'Politik der Eindämmung' sei zum Scheitern verurteilt, die sogenannte Sanktionsfront bröckele und Saddam Hussein blockiere die Arbeit der UN-Inspektoren. Der Einsatz militärischer Gewalt sei unumgänglich, damit langfristig gesehen ein Regimewechsel im Irak erfolge.

1999 wurde Paul Wolfowitz in den außenpolitischen Beraterstab von George W. Bush für den Präsidentschaftswahlkampf berufen. In der neuen Bush-Administration erhielt Wolfowitz den Posten des stellvertretenden Verteidigungsministers. Die Ausarbeitung von Dokumenten für den Waffengang im Irak wurde eine seiner Hauptaufgaben.

Am 15. September 2001 vertrat Paul Wolfowitz in Camp David, dem Wochenendsitz des US-amerikanischen Präsidenten, in einem Grundsatzgespräch mit Bush vehement die These, dass die eigentliche Bedrohung für die USA von Bagdad ausgehe und die Zeit für den Regimewechsel im Irak herangereift sei. Bush zeigte reges Interesse für die Ausführungen von Wolfowitz, dass die eigentliche Herausforderung viel wichtiger sei als das Problem Osama bin Laden und Afghanistan. Wolfowitz vermittelte Bush die Überzeugung, dass gehandelt werden müsse: „Ich halte es für realistisch, dass ein vernünftig geführter Irak - und dieses Land hat weitaus mehr Pluspunkte als Afghanistan - nach dem Sturz Saddam Husseins die erste Demokratie der arabischen Welt werden könnte, abgesehen von der kurzen demokratischen Episode im Libanon. Auch wenn es sich nur um eine Art 'rumänische' Demokratie handelte, wäre dies ein großer Fortschritt im Vergleich zu den anderen Ländern der arabischen Welt.“

Die Washingtoner Falken und Präsident Bushs Irak-Doktrin

Der Einfluss der Washingtoner Falken, insbesondere der Politiker Cheney, Rumsfeld, Wolfowitz und Perle, auf die Irak-Doktrin des Präsidenten reicht von der Erarbeitung und Begründung der ideologischen und theoretischen Positionen bis hin zur Formulierung und Umsetzung entsprechender politischer Strategien. Besonders plastisch kann man deren bisherige Evolution in den beiden Reden des Präsidenten zur Lage der Nation verfolgen:

Am 29. Januar 2002 vertrat Bush in seiner Rede an die Nation die Auffassung, dass der 11. September 2001 daran erinnere, „wie anfällig wir gegenüber bösen Leuten sind, und diese Anfälligkeit nimmt dramatisch zu, wenn böse Leute Zugang zu Massenvernichtungswaffen haben.“ Er stilisierte Saddam Husseins Gefährlichkeit zu einer Glaubensfrage hoch. Für das Weiße Haus und das Pentagon sei Bagdad zur absoluten Priorität herangewachsen. Ein Jahr lang hat Bush den Irakkonflikt zum Showdown mit seinem schlichten Weltbild von Gut und Böse aufgebaut. Nun beschuldigt er **60 Länder der Erde** der Unterstützung des internationalen Terrors, d. h. fast ein Drittel der internationalen Staatengemeinschaft stellt er de facto unter Kriegsdrohung. Die drei Länder Irak, Iran und Nordkorea erklärte Bush zur Achse des Bösen. Den ausgesprochenen Krieg gegen den internationalen Terrorismus konnte er erfolgreich dazu nutzen, unter der gesamten US-Bevölkerung eine Woge des Patriotismus zu erzeugen und diese für seine Ziele dienstbar zu machen.

Im Januar 2003 sah sich Präsident Bush in seiner Rede an die Nation von Gott dazu auserkoren, die Welt vom Bösen zu befreien. So wie sich Präsident Reagan in den USA von seinen Anhängern als der Präsident feiern ließ, der den Kalten Krieg gewonnen hat, möchte Präsident Bush als der Mann in die Geschichte der Menschheit eingehen, der Frieden und Demokratie zunächst in den Irak und dann in die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens gebracht hat.

In der New York Times war zu lesen, dass Präsident Bush ähnlich Präsident Reagan glaube, die Vereinigten Staaten hätten den göttlichen Auftrag, „das heilige Feuer menschlicher Freiheit in die Welt zu bringen“. Mit dem Sendungsbewusstsein eines Südstaaten-

Methodisten will Bush nun der muslimischen Welt eine Lektion in Toleranz erteilen. Seine Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice sagt über ihn: „George W. Bush tendiert zum Predigen, zu großen Gesten und einer simplen Weltsicht.“

Innenpolitische Absicherung der Bush-Doktrin

Unter den Washingtoner Falken ist John Ashcroft, Repräsentant des extrem rechtsorientierten religiösen Flügels in der Republikanischen Partei, als Justizminister in der Bush-Administration geradezu prädestiniert, nach den Ereignissen des 11. September 2001 eine Generalrevision des sicherheitspolitischen Systems in den USA in Gang zu setzen: Das ‘Patriot Act’ vom Oktober 2001, die Installierung des TIPS (Terrorism Information and Preventions System) sowie schließlich das im Jahre 2003 geschaffene Superministerium Heimatschutz mit 177.000 Beschäftigten und einem Budget für 2003 von rd. 35 Milliarden Dollar ermöglichen in den USA den Aufbau eines Überwachungssystems, das - wie Bürgerrechtler überzeugend nachweisen - alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt.

Präsident Bush bewertete diese Vorgänge als einen großen Fortschritt im Krieg gegen den Terrorismus. Der rechtskonservative New York Times Kolumnist William Safire hat auf bemerkenswerte Art beschrieben, was der USA-Bürger nach der Installierung eines solchen Überwachungssystems zu erwarten hat: „Jede Zahlung mit einer Kreditkarte, jedes Zeitschriftenabonnement und jedes Apothekenrezept, jede Webseite, die man bucht und jede verschickte oder empfangene E-Mail, jeder akademische Grad, den man erhält, jede Bankeinzahlung, jede Reisebuchung und jedes Ereignis, das man bucht“ - all dies werde in eine Datenbank eingehen. Addiere man zu diesen Computerdossiers aus kommerziellen Quellen noch die Regierungsinformationen, etwa Daten aus dem Personal - bzw. Reisedokument, von einem Gerichtsurteil oder einer versteckten Kamera, so sei ein orwellsches Szenario erreicht, nämlich die totale Information über jeden Bürger der USA. Der Sicherheitsexperte und Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte Dr. Rolf Gössner hat in seinen im ND vom 11.

September 2003 auf S. 3 veröffentlichten Einschätzungen nachgewiesen, dass die Terroranschläge vom 11.09. nicht nur die Skyline von New York verändert, sondern auch national wie international Entwicklungen beschleunigt haben, die zivilisatorische Grundwerte, das Selbstverständnis der Vereinten Nationen und demokratischer Länder in Frage stellen, beschädigen, ja zerstören könnten. Seine Schlussfolgerungen sind zwingend: „Terror stärkt den Staat und entwertet Freiheitsrechte - das hat sich seit dem 11.09. wieder deutlich gezeigt. Es scheint, als befänden wir uns in einem nicht erklärten Ausnahmezustand, in dem die Kompetenzen und Befugnisse aller Sicherheitsorgane erweitert, die machtbegrenzenden Trennungslinien zwischen Polizei und Geheimdiensten aufgelöst, ganze Lebensbereiche problematischen Rasterfahndungen unterzogen werden und Unverdächtige zu Sicherheitsrisiken mutieren - und ganz nebenbei wird eine der ältesten rechtsstaatlichen Errungenschaften, die Unschuldsvermutung, aufgegeben und die Beweislast umgekehrt. Das sind Merkmale eines autoritären Präventions- und Sicherheitsstaates, in dem Rechtssicherheit und Vertrauen verloren gehen.“

Präsident Bush hat Justizminister Ashcroft beauftragt, das o. g. Überwachungssystem weiter entwickeln zu lassen und dem Kabinett ein 'Patriot Act II' zur Beschlussfassung vorzulegen.

Bush-Doktrin und Realitäten im Irak

Im ersten Jahr der Präsidentschaft von Bush spielte in der Außenpolitik der USA der Staat Irak und das Saddam-Hussein-Regime kaum eine Rolle. Dann gelang es den Washingtoner Falken, vor allem Paul Wolfowitz, den Präsidenten davon zu überzeugen, dass der Irak als das eigentliche Vorbild für das Funktionieren einer neuen Strategie der USA gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten dienen könnte.

Am 26. Februar 2003 hielt Präsident Bush beim Jahrestreffen des American Enterprise Institute (AEI), der wichtigsten Denkfabrik der

Republikanischen Partei, eine kurze, aber bedeutsame Rede, in der er die Forderung nach Demokratisierung der gesamten Region des Nahen und Mittleren Ostens erhob. Spätestens im Frühjahr 2003 wurde der Einmarsch von USA-Truppen in den Irak zu einem Nahziel der Bush-Administration. Vizepräsident Cheney setzte sich für den gewaltsamen militärischen Sturz Saddams ein, währenddessen Außenminister Powell den Präsidenten zu überzeugen suchte, den Weg über den UN-Sicherheitsrat zu gehen. Die Niederlage der USA im Sicherheitsrat wurde zur größten Schmach, die die USA in der Geschichte der Völkergemeinschaft erlitten haben.

Der darauf folgende, drei Wochen anhaltende Krieg der USA gegen Irak ging als erster Präventivkrieg in die Geschichte ein. Er verstieß gegen das Völkerrecht. Nunmehr setzte die Besatzungsmacht USA die vom Pentagon unter Führung von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld entworfenen und von Präsident Bush bestätigten Pläne für Entwicklungen im Nachkriegs-Irak ein.

Nach Angaben des US-amerikanischen Verteidigungsministeriums starben während des Irakkrieges insgesamt 137 amerikanische Soldaten. Die Zahl der verwundeten Soldaten wurde mit 561 angegeben. Laut Angaben der Rechnungsprüfer im Verteidigungsministerium kostete der Irakkrieg bis zum Fall der Hauptstadt im April 2003 rund 20 Milliarden US-Dollar. Für die im Irak verbliebenen US-Soldaten wurden monatliche Kosten von rund 2 Milliarden US-Dollar veranschlagt.

Bush hatte einen Ergänzungshaushalt zur Abdeckung der Kriegskosten in Höhe von 79 Milliarden US-Dollar durchgesetzt (offiziell rangieren diese Mittel unter der Rubrik Terrorismusbekämpfung). Davon wurden 62,6 Milliarden für Operationen im Irak, 8,2 Milliarden für internationale Beistandsprogramme sowie für den Irak-Hilfe und -Wiederaufbau-Fonds, 4,3 Milliarden für innere Sicherheit und 3 Milliarden zur Unterstützung der seit dem 11. September 2001 in die Krise geratene US-Luftfahrt ausgewiesen.

Anfang September 2003 beantragte Bush weitere 87 Milliarden US-Dollar für den weltweiten Antiterrorkampf der USA, davon 86 Milliarden für Militäraufgaben, 20 Milliarden für den Wiederaufbau im Irak und 800 Millionen für Afghanistan.

Der pensionierte General Jay M. Garner, schon vor Kriegsbeginn auf Betreiben des Pentagon als 'Zivilverwalter' für Irak ernannt, ist im Irak an der Mission gescheitert, die Nachkriegsverwaltung aufzubauen, den Wiederaufbau des Landes einzuleiten und eine demokratische Zivilregierung zu schaffen. Im Mai 2003 wurde Garner durch L. Paul Bremer III. abgelöst.

Mit der Ernennung des ehemaligen US-Spitzen diplomaten Bremer (23 Jahre im auswärtigen Dienst) wollte die Bush-Administration das Bild von der Besatzungsmacht schnell ablegen. Als oberster Statthalter der USA im Irak steht Bremer den neokonservativen Politikern im Pentagon und im State Department sehr nahe. Es werden ihm engste Verbindungen zu Vizeverteidigungsminister Paul Wolfowitz nachgesagt. In seinen letzten Funktionen als Terrorbeauftragter der US-Regierung und als Vorsitzender der parteiübergreifenden Terror-Kommission demonstrierte Bremer seine Bereitschaft, gegen Terroristen mit härtesten Mitteln und Methoden vorzugehen. Im Juni 2002 berief ihn Präsident Bush zu einem seiner Sicherheitsberater (Homeland Security Advisory Council).

Mit dem Politiker Paul Bremer verband die US-Regierung die Hoffnung, dass Sicherheit im Irak hergestellt, eine neue Personalpolitik eingeleitet und schließlich eine irakische Übergangsregierung eingesetzt werden könnte, die sich ganz im Sinne der USA den Fragen und Problemen des Wiederaufbaus von Wirtschaft und Gesellschaft widmen sollte. Anfang Oktober 2003 gab die Nationale Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice bekannt, dass in Zukunft der Nationale Sicherheitsrat die Koordination des Besatzungsregimes übernimmt.

Fünf Monate nach der Entmachtung von Saddam Hussein hat der von Paul Bremer eingesetzte Übergangsrat ein Kabinett von 25 Ministern gebildet. Die Kabinettsmitglieder wurden am 3. September 2003 am Sitz der USA geführten Besatzungstruppen in der Hauptstadt Bagdad

vereidigt. Die konfessionelle und ethnische Zusammensetzung des Kabinetts entspricht derjenigen des Übergangsrates: 13 schiitische und 5 sunnitische Araber, 5 Kurden sowie jeweils ein Mitglied der christlichen und der turkmenischen Volksgruppen. Außenminister ist der Kurde Hoschjar Sebari. An der Spitze des Finanzministeriums steht der sunnitische Politiker Kamal al-Gailani. Das Erdölministerium leitet der Schiite Dr. Ibrahim Bahr Al-Ulum. Innenminister ist der Schiite Nuri Badran. Der Posten des Verteidigungsministers wurde nicht besetzt, da der US-Verwalter Paul Bremer diesen Posten gestrichen hatte. Nach übereinstimmenden Medienberichten verweigern die meisten Iraker dem Übergangsrat ihre Unterstützung, da es sich bei vielen Ratsmitgliedern um ehrgeizige Emporkömmlinge handele.

Das Kabinett wird durch die USA-Besatzungsmacht vor die Aufgabe gestellt, auf politischem Wege zu versuchen, was dem USA-Militär nicht gelang, nämlich Stabilisierung des Nachkriegs-Irak. Innerhalb der nächsten sechs Monate, so verkündete US-Außenminister Powell im Weltsicherheitsrat in New York, soll es eine neue Verfassung für den Irak geben, damit dann nach einem reichlichen Jahr eine eigene irakische Regierung gewählt werden könnte.

Eine der wirtschaftlichen Kernaufgaben im Nachkriegs-Irak besteht in der vollen Reaktivierung und im weiteren Ausbau der Ölquellen. Irak ist mit 15 095 Millionen Tonnen Ölvorkommen im Jahre 2001 das an Erdöl zweitreichste Land der Erde. In den vergangenen 13 Jahren blieb die Erdölförderung auf Grund eines UN-Embargos weit hinter den objektiven Möglichkeiten zurück. Das wird sich in der Zukunft ändern. Unter Saddam Hussein produzierte der Irak etwa zwei Millionen Barrel Rohöl pro Tag. Gegenwärtig liegt die Tages-Erdölförderung bei geschätzten 1,5 Millionen Barrel. Zwischen drei und vier Millionen Barrel sollen es Ende 2004 sein.

Der eingesetzte Ölminister Dr. Ibrahim Mohammed Bahr al-Ulum studierte das Erdölbohrwesen im US-Bundesstaat New Mexico und sammelte praktische Erfahrungen in Erdölunternehmen der USA und Großbritanniens. Im September 2003 vertrat er erstmalig seit der Invasion Kuwaits durch Irak im Jahre 1990 sein Land bei der OPEC-

Behörde in Wien, wodurch indirekt das Nicht-Mitgliedsland der USA mit am Tisch der Entscheidungen saß.

Um den Außenhandel Iraks zu beleben, hat die Übergangsverwaltung im Juli 2003 die Gründung einer 'Trade Bank of Iraq' bekannt gegeben. Wichtigste Aufgabe der Bank werde es sein, Bürgschaften und Kredite zur Erleichterung des Außenhandels zu geben, teilte Zivilverwalter Bremer mit. Gegenwärtig verweigern viele ausländische Unternehmen wegen großer Unsicherheiten über die Bezahlung, Waren an den Irak zu liefern. Eine ganze Reihe großer Banken, darunter auch die Citygroup und die Deutsche Bank, bewerben sich um die Führung der 'Trade Bank of Iraq'.

Das Schuldenproblem des Staates Irak erweist sich als eines der größten, bisher nicht zu lösenden wirtschaftlichen Probleme des Landes. Nach der Weltbank und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) soll es sich um 127 Milliarden Dollar handeln. Die wichtigsten Gläubigerländer sind Saudi-Arabien und andere Golfstaaten mit 30 Milliarden Dollar, Russland mit über 12 Milliarden Dollar, Frankreich mit 8 Milliarden Dollar und Deutschland mit 4 Milliarden Dollar. Zu den 127 Milliarden Dollar kommen wahrscheinlich weitere Verbindlichkeiten aus der Besetzung Kuwaits und aus offenen Verträgen aus der Ära Saddam Husseins. Nichtregierungsorganisationen rechnen mit bis zu 383 Milliarden Dollar.

Das Präsidentenwahljahr 2004 lässt grüßen

Erfahrungen vergangener Wahlkämpfe in den USA besagen, dass vor allem innenpolitische Faktoren, darunter besonders wirtschaftspolitische Vorhaben der Kandidaten für den künftigen Präsidenten, ausschlaggebend für das Wahlergebnis sind. Die Außenpolitik hat selten geholfen, in Einzelfällen sogar zu Niederlagen beigetragen.

In den Reihen der Republikanischen Partei wird darauf verwiesen, dass 1991 Präsident Bush Sen. zwar den Golfkrieg gegen Saddam

Hussein gewonnen, aber zu Hause den Kampf gegen die Rezession und gegen den Demokraten Bill Clinton verloren hatte, der in seinem Wahlkampf Ökonomie und Wirtschaftspolitik in den Mittelpunkt stellte.

Die Konjunkturlage in den USA ist seit Beginn der Präsidentschaft von Bush nicht rosig. Krisenphasen, geringes volkswirtschaftliches Wachstum und steigende Arbeitslosigkeit sind charakteristisch. Die kriegerischen Handlungen in Afghanistan und Irak sowie die von Präsident Bush bevorzugten Steuererleichterungen zu Gunsten der Reichen der US-amerikanischen Gesellschaft haben die Schuldsituation im US-Haushalt ins fast Unermessliche gesteigert: Das im Jahre 2001 bestehende Haushaltsplus wurde 2002 wieder in ein Minus von 157 Milliarden Dollar verwandelt. Nach ersten Schätzungen kompetenter Kongress-Institutionen könnte das Defizit des Haushaltsjahres 2004 die Rekordmarke von 400 Milliarden Dollar weit überschreiten. Als Gesamtschulden der USA werden über 6,3 Billionen Dollar oder 22.022.81 Dollar pro US-Bürger ausgewiesen. Damit wurde ein historischer Tiefstand erreicht.

Im Gegensatz zu seinem Vater ist George W. Bush von sehr professionellen und in den Wahlkämpfen der Jahre 2000 und 2002 erfolgreichen Beratern umgeben. An der Spitze steht Karl Rove, Bushs Weggefährte seit den gemeinsamen Zeiten in der Ölindustrie. Rove wird als glänzender Wahlorganisator gepriesen, der jeden Wahlkampfauftritt seines Präsidenten bis in jede Einzelheit vorbereitet. Die Strategie für die Präsidentenwahlen 2004 knüpft genau daran an: Mit Hilfe aller erlaubten Mittel und Methoden sollen die Wahlkampfausgaben auf rd. 200 Millionen Dollar verdoppelt werden. Für die bis jetzt bekannten 10 Gegenkandidaten aus der Demokratischen Partei liegen sogenannte Diffamierungsprogramme vor. Schließlich wird der Wahlparteitag der Republikanischen Partei in New York kurz vor dem 11. September 2004 stattfinden, um die Problematik der nationalen Sicherheit als überragendes Wahlkampfthema in den Mittelpunkt zu rücken. Präsident Bush soll dem Wähler als Retter vor dem Terrorismus ins Gedächtnis gerufen werden, um seinen Job endgültig für die zweite Wahlperiode sichern zu können.

UNO und Irak

Auf der UNO-Generalversammlung vom September/Oktober 2003 hat die Irak-Problematik die Generaldebatte bestimmt. Es wurden grundsätzlich unterschiedliche Positionen ebenso deutlich wie weitgehende Übereinstimmungen, z. B. in der geforderten Hauptverantwortung des Sicherheitsrates für die Erhaltung von Frieden und Sicherheit.

Generalsekretär Kofi Annan hat in seiner Eröffnungsrede US-Präsident Bush - ohne seinen Namen zu nennen - für seine Doktrin militärischer Präventivschläge kritisiert und davor gewarnt, dass eine derartige Haltung die Welt in eine gesetzesfreie Zone verwandeln könnte. Die präventive Anwendung von Gewalt ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates sei ein 'fundamentaler Bruch' mit dem Prinzip, das in den vergangenen 58 Jahren für Frieden und Stabilität gesorgt habe.

Während Präsident Bush in seiner Rede die US-amerikanische Irakpolitik rechtfertigte, äußerte der französische Präsident Jacques Chirac scharfe Kritik an dem Kriegskurs der USA. Er warf der US-Regierung vor, die UNO durch den Irakkrieg in eine der schwersten Krisen ihrer Geschichte gestürzt zu haben.

Viele Teilnehmer an der Generaldebatte forderten die USA auf, die Rückgabe der Macht an die Iraker zu beschleunigen und dafür einen konkreten Zeitplan festzulegen. Übereinstimmung herrschte auch in der Forderung, die UNO beim Wiederaufbau des Irak zu effektiven Operationen zu befähigen.

Das jüngste Eingeständnis der USA, dass für den weiteren Wiederaufbau im Irak die Unterstützung sowohl der UNO als auch der internationalen Staatengemeinschaft unabdingbar ist, widerlegt die negative Haltung von Cheney und Rumsfeld zur UNO. Ersterer hatte behauptet, dass die UNO als 'teuerster Debattierklub der Welt' wegen

ihrer hoffnungslosen Unentschlossenheit eigentlich Zeitverschwendung sei.

Nach vier Runden heftiger politischer Auseinandersetzungen im Weltsicherheitsrat gelang es den Vertretern der USA mit der Resolution 1511 vom 16. Oktober 2003, den Standpunkt der Bush-Administration zur weiteren Gestaltung der Nachkriegsordnung im Irak durchzusetzen: Eine multinationale Truppe unter dem Kommando der USA erhielt das Mandat. Die internationale Gemeinschaft wurde dazu aufgerufen, den Wiederaufbau finanziell zu unterstützen. Der von den USA eingesetzte Übergangsrat erhielt den Auftrag, bis zum 15. Dezember 2003 einen Zeitplan zur Ausarbeitung der Verfassung und zur Durchführung von Wahlen vorzulegen.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte in einer Telefonkonferenz mit den Präsidenten Frankreichs, Jacques Chirac, und Russlands, Wladimir Putin, die gemeinsame Haltung abgestimmt. Die Resolution sei 'keine angemessene Reaktion auf die Lage im Irak'. Die drei Länder, die bereits den USA-Krieg gegen Irak abgelehnt hatten, sähen sich deshalb nicht im Stande, militärisch oder finanziell weitere Unterstützung zu leisten.

Tatsache bleibt jedoch, dass der Weltsicherheitsrat als wichtigstes Entscheidungsgremium der UNO in außenpolitischen Fragen mit der Resolution 1511 die Pläne der Besatzungsmacht USA legitimiert und der UNO lediglich eine Nebenrolle zubilligt. Dies erinnert an das Zustandekommen der Resolution des Weltsicherheitsrates 1483 vom 22. Mai 2003. Zum ersten Mal in der Geschichte der UNO wurde der Krieg der USA gegen Irak und das Besatzungsregime nachträglich sanktioniert und die UNO zu einer zivilen Hilfstruppe degradiert.

Am 24. Oktober 2003 fand in Madrid die sogenannte Geberkonferenz statt. Die 73 Teilnehmerstaaten und anwesenden internationalen Organisationen erklärten sich bereit, 15 Milliarden Dollar für den Wiederaufbau des Irak zur Verfügung zu stellen. Vorher hatten die USA bereits 20 Milliarden Dollar bewilligt. Diese 35 Milliarden Dollar entsprechen ungefähr 50 % der nach Schätzungen der US-Regierung und der Weltbank notwendigen finanziellen Mittel für den

Wiederaufbau im Irak bis 2007. Damit wird dem Irak ungefähr drei Mal soviel an Hilfe zugesagt, wie das weit weniger entwickelte Afghanistan bekommt. Frankreich, Deutschland und Russland stellen über die bereits angekündigten finanziellen Mittel keine weiteren Gelder zur Verfügung.

Massendemonstration in Washington

Nach mehreren Monaten Vorbereitung durch Friedensgruppen und Bürgerrechtsorganisationen fand am 25. Oktober 2003 die größte Antikriegsdemonstration in Washington gegen die andauernde Besetzung im Irak statt. Die Veranstalter sprachen von bis zu 100.000 Teilnehmern aus über 140 Städten in 40 Bundesstaaten der USA.

Mit ihrer Forderung „Jobs statt Krieg“ wiesen sie auf die geplanten 87 Milliarden Dollar Besetzungsausgaben hin. Der Präsidentschaftskandidat der Demokraten Al Sharpton betonte, dass dafür keine 87 Cents ausgegeben werden dürften, sondern Arbeitsplätze in den USA zu schaffen seien. Ex-Justizminister Clark forderte Bushs Rücktritt.

Auch in San Francisco gingen Tausende gegen Bushs Irakpolitik auf die Straße.

Das Motto „Bringt unsere Truppen heim“ ist mit einer Bewegung verbunden, die viele Menschen in den USA erfasst hat. Präsident Bush setzt gegenwärtig mit Nachdruck eine Verordnung um, die Präsident Clinton erlassen hatte. Sie verbietet es den Medien in den USA, Bilder von unterm Sternenbanner heimkehrenden toten GIs zu zeigen. Särge sind unerwünscht. In den schlimmsten Zeiten des Vietnamkrieges forderten Hunderttausende „Holt unsere Jungs heim“. Damit wurden diese Sprechchöre zur zweiten Front gegen die Anbeter des Kriegsgottes Mars im Weißen Haus, im Kongress und im Senat.

Hohe Verluste

Tote und Verwundete während und nach dem Irak-Krieg

Getötete Iraker während der
Hauptkampfhandlungen
bis zum 1. Mai

Kämpfer..... ca. 9.200
Zivilisten..... ca. 3.800

davon in Bagdad

Kämpfer..... ca. 2.900
Zivilisten..... ca. 2.200

gefallene US-Soldaten

bis zum 1.Mai..... 115
nach dem 1.Mai..... 118
bis 31.Okt.

verwundete US-Soldaten

bis zum 1.Mai..... 551
nach dem 1.Mai..... ca. 1.150
bis 31.Okt.

Wir erinnern uns: Auf einem Flugzeugträger im Pazifik - in Jagdfliegeruniform - trat er ans Rednerpult, der oberste Kriegsherr der USA, George W. Bush – er möchte es gern vor der ganzen Welt sein – und verkündete das Ende der Kampfhandlungen im Irak. Nur wenige Monate sind vergangen und die markigen Reden, die mediengerechten Inszenierungen über die heilige Mission der USA gegen das Böse in der Welt werden moderater, dabei nicht weniger gefährlich. Nur widerstrebend erkennt die US – Regierung das Scheitern ihrer Politik. Nun wird wieder von einem „Kriegsgebiet“ gesprochen; man sei, so der US Vize –Außenminister Richard Armitage, „...in einen Aufstand verwickelt, und das sei „nahe an einem Krieg“.

Präsident Bush verklärt derweil seine („göttliche“) Mission mit den Worten „Freiheit ist es wert, dafür zu kämpfen und zu sterben“.

Worte, die offensichtlich eher den irakischen Widerstand gegen die Besatzer motivieren, als die GIs, die fern von ihrer amerikanischen Heimat einen schmutzigen Krieg für die Interessen der großen amerikanischen Erdölmonopole führen.

Wir stehen an der Seite jener Amerikaner, die in einer immer breiteren Bewegung – aus welchen Motiven auch immer – ein Ende dieses schmutzigen Krieges verlangen. Wir fordern, dass das irakische Volk frei von Besatzung souverän und demokratisch über seine Zukunft entscheiden kann.